

- * Desaster UNO-Klimakonferenz von Madrid
- * Green Deal der EU: Gefährliche Augenauswischerei
- * EURATOM + EIB: Atomförderung im Namen von Klimaschutz
- * Österreichs Klimaplan (NEKP): Leere Worthülsen
- * Gehen in Wien die Lichter aus ohne CSR-AKW-Strom?

Die UNO-Klimakonferenz von Madrid endete im Desaster für den Klimaschutz: Die Staaten und ihre Politspitzen handeln im Interesse der Großkonzerne. Sie reden bestenfalls "grün", handeln aber weiter wie gehabt "fossil".

https://ccca.ac.at/startseite/news-archiv?tx_news_pi1%5Baction%5D=detail&tx_news_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx_news_pi1%5Bnews%5D=509&cHash=1ea00814609267c2e7fe95a7c4b411c8

EU-Green Deal, EURATOM und EIB: Atomförderung im Namen von Klimaschutz – todgefährliche Augenauswischerei. Der "Green-Deal" der EU ist ein Hohn und eine Gefahr für Österreichs Atom-Nein! Als "Ausweg" aus der Klimakrise soll die Atomenergie und die Gentechnik (wieder) stärker gefördert werden. **Österreichs Übergangs-Regierende** haben zwar dagegen gestimmt, **schreien** aber **nicht auf** wie sie sollten, denn in Österreich haben die Menschen die Atomenergie schon vor mehr als 40 Jahren abgelehnt.

Zwar hat Österreich endlich einmal bei EURATOM vorerst gegen die Freigabe von Geldern für die Atomenergie gestimmt. <https://orf.at/stories/3145918/> Die Europäische Investitionsbank (EIB), eine der größten Investitionsbanken der Welt, will aber weiter und zwar im Namen von Klimaschutz Geld für die Errichtung von AKWs zur Verfügung stellen. Österreichs Regierungs-Vertreter*innen haben das wiederum nur "zur Kenntnis genommen". Will Österreichs Regierung endlich einmal wirklich und nachhaltig entsprechend des Volksentscheides von 1978 (!) etwas gegen Atom und für den Klimaschutz tun, darf es nicht nur die geplanten 1,6 Milliarden Euro, die EURATOM im Namen von Klimaschutz für Atom bereitstellen will blockieren, sondern darf auch keinen EURATOM-Mitgliedsbeitrag mehr bezahlen und muss aus EURATOM und IAEA austreten und einen Klimaplan (NEKP) beschließen, der nicht nur Vorschläge, sondern auch konkrete Maßnahmen enthält. Nur das wäre glaubhaft.

Österreichs Klimaplan (NEKP): Nur leere Worte. "Nationale Energie- und Klimaplan" (NEKP): Der selbst von der industriefreundlichen EU als unzulänglich an die österreichische Übergangsregierung zurückgeschickte 1. Entwurf des **österreichische "Nationale Energie- und Klimaplan" (NEKP)**, wurde nun "nachgebessert" und erneut an die EU geschickt:

<https://www.bmnt.gv.at/service/presse/umwelt/2019/BMNT-Nationaler-Energie--und-Klimaplan-im-Ministerrat-beschlossen.html> Der NEKP ist völlig unzureichend.

Leerformen, Allgemeinplätze, Annahmen und Schönschreibereien seien darin enthalten. kritisieren Autoren der Wirkungsfolgenanalyse.

Gehen in Wien die Lichter aus ohne AKW-Strom aus Tschechien? „Atomangriff“ von Tschechiens Milliardärs-Kanzler Andrej Babis auf Österreich: Ein Effekt des EU-Freibriefes für AKW-Förderung im Namen von Klimaschutz war, dass Tschechien Milliardär-Kanzler Babis davon sprach, dass in Wien ohne Atomstrom aus Temelin oder Dukovany das Licht ausginge. Und wie reagiert Österreichs Regierung? Gar nicht. Und wie unsere Medien und Meinungsmacher? Dass "wir" doppelzünftig seien, weil wir ja auch Atomstrom beziehen. „Wir“? Doch 1. ist es ein Unterschied ob man selbst tödliche AKWs im Land hat – haben wir nicht Dank der Bevölkerung und unseres Atom-Neins von 1978! 2. trägt man dazu bei, dass der gefährliche Atomstromanteil in der EU und in der Welt abnimmt 3. liefert Tschechien nicht an Österreich, sondern ins europäische Stromnetz 4. liefert auch Österreich Strom, ökologischen Wasserkraftstrom ins europäische Stromnetz von dem auch Tschechien profitiert. Also: warum sagt das kein Offizieller bei uns? Weil sie auch schon wieder mit AKW-Bau im Namen von Klimaschutz spekulieren? Die österreichische E-Wirtschaft hat sogleich im Windschatten von Babis angekündigt, dass man in Zukunft doppelt so viele E-Kraftwerke wie heute bräuchte und dafür auch Geld haben will. Aha. Seit Jahrzehnten zahlen die zu einem hohen Anteil auch schon teilprivatisierten österreichischen E-Versorger Milliarden Euro an die auch privaten Aktionäre. Aber Reservehaltung wie früher, als die E-Versorgung noch ausschließlich in Händen von Bund und Ländern war, fand seitdem nicht statt - aus "Kostengründen". Geld für Dividenden ist da, für Reservehaltung nicht? Da droht man lieber mit Blackout, damit die Steuerzahler zum Zahlen bereit sind - vielleicht auch für AKWs. Seien wir wachsam und entlarven wir die am kurzfristigen - und bei AKW tödlichen - Gewinninteressen orientierten Unwahrheiten von Politik und Wirtschaft!